

Informationen aus dem Beirat

Ergebnisse der Sitzung des Beirats zur Weiterentwicklung des Programms für die kommunale Entwicklungspolitik, 7. Oktober 2025, 9:00 – 14:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

Haushalt 2025:

Frau Bercht (BMZ) berichtete, dass die vorläufige Haushaltsführung beendet und der Haushalt für 2025 verabschiedet wurde. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung und weiterer politischer Gründe wurde der Haushalt des BMZ um 910 Mio. Euro abgesenkt. Im politischen Gesamtkontext ist der Haushalt des BMZ damit überproportional gesunken. Der Kommunalanteil sinkt hingegen nicht, sondern verzeichnet im Gegenteil eine leichte Steigerung und liegt damit jetzt bei 46 Mio. Euro. Dies ist eine deutliche politische Botschaft, dass die Unterstützung für das Thema hoch ist. Fr. Bercht bedankte sich ausdrücklich bei den Beiratsmitgliedern und den Kommunen dafür, über alle Kommunikationskanäle für das Thema geworben zu haben.

BMZ-Reformprozess:

Bundesministerin Reem Alabali Radovan plant eine stärkere Fokussierung, der Reformprozess ist bis März vorgesehen. Es wurden vier Schwerpunkte formuliert:

1. Leben in Würde – Bekämpfung von Armut und Hunger
2. Integrierte Sicherheit für Stabilität und Frieden
3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltigen Wohlstand
4. Strategische Allianzen, Multilateralismus und Zusammenarbeit mit UN-Akteuren

Der Reformprozess läuft derzeit noch, erste Zwischenergebnisse werden Ende des Jahres erwartet. Die kommunale Zielgruppe hat weiterhin eine hohe Relevanz in der Leitung und man wird weiterhin eng mit Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden und Ländern zusammenarbeiten. Als neuer Schwerpunkt zeichnet sich die verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ab.

Der Staatssekretär im BMZ Niels Annen hat sich Mitte November unter anderem auch mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zum Reformprozess ausgetauscht. Für die Kommunalen Spitzenverbände haben die EZ-Scouts an dem Termin teilgenommen und die Bedeutung der deutschen Kommunen für eine starke Entwicklungspolitik auch in dem Kreis noch mal betont.

Deutsche-ukrainische kommunale Partnerschaftskonferenz 2026:

Die Konferenz wird vom 7. bis 9. Oktober in Berlin stattfinden.

Förderinstrument „Sachgüter für kommunale Dienstleistungen“:

Die Antragstellung ist noch bis Ende November möglich. Das Fördervolumen beträgt bis zu eine Mio. Euro. Als Orientierung für den Eigenbetrag gilt: 10% bis 50.000 EUR, 5% für jeden weiteren Euro. Antragsberechtigt sind alle Kommunen mit etablierten Partnerschaften.

Weitere Informationen und Ansprechpersonen sind unter diesem Link zu finden:

<https://skew.engagement-global.de/foerderung-sachgueter-kommunale-dienstleistungen.html>

Informationen aus dem Beirat

Ergebnisse der Sitzung des Beirats zur Weiterentwicklung des Programms für die kommunale Entwicklungspolitik, 7. Oktober 2025, 9:00 – 14:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

Vereinfachung von Antragswegen:

Mit dem neuen Förderinstrument werden zwei Vereinfachungen getestet: zum einen die Festbetragsfinanzierung als klare Orientierung für Antragstellende, zum anderen, dass Auftragsvergaben nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Kommunen durchgeführt werden können. Wenn damit gute Erfahrungen gemacht werden, können diese Vorgehen auf andere Instrumente übertragen werden.

In anderen Förderinstrumenten wurden bereits die Antragsformulare vereinfacht.

Sichtbarkeit der kommunalen Entwicklungspolitik:

Hr. Schick (SKEW) berichtet, dass wachsende Netzwerke und Follower-Zahlen die Sichtbarkeit der SKEW widerspiegeln. Er führt weiter aus, dass die SKEW auf Facebook 2.500 Follower hat, auf LinkedIn 1.200 und dass 2.300 Personen den Newsletter abonniert haben. Die ähnlichen Zahlen zeigen, dass der Kreis der aktiv am Thema kommunale Entwicklungspolitik interessierten Personen ca. 3000 Personen umfasst, z.B. aus Kommunen, BMZ, kommunalen Spitzenverbänden und Netzwerken. In der Gruppe der Bundes- und Landespolitik sei noch viel Potential vorhanden, was zu der Frage führt, wie diese stärker einbezogen werden könnten. Ende Oktober wurde dazu eine gemeinsame Aktion zu den „1000 Stimmen für Entwicklungspolitik“ gestartet, an welcher sich die Leitung des BMZs, der Präsident des DST, der Präsident des DStGB persönlich beteiligten.

Kommunen in internationalen Delegationen:

Fr. Bercht informiert zur Einbindung von Kommunen in internationalen Delegationen. Diese Einbindung ist aus Sicht des BMZ sehr wichtig. Bei Veranstaltungen wie dem HLPF (High Level Political Forum) und dem WUF (World Urban Forum) gibt es bereits eine Verstetigung, hier sind kommunale Vertreter*innen regelmäßig Teil der deutschen Delegation. In diesem Jahr waren z.B. die Städte Stuttgart, Mannheim, Bonn und Geestland, der Enzkreis und der Landkreistag dabei.

Die Delegationen werden von Referat G43 in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammengestellt. Dieses Vorgehen habe sich bewährt, um Ausgewogenheit sicherzustellen. Es könne jedoch kein pauschaler Rahmen für die Personenanzahl genannt werden. Stattdessen müsse von Fall zu Fall geprüft werden, welche Optionen es gibt.

Termin nächste Beiratssitzung:

Die nächste Beiratssitzung findet Anfang 2026 virtuell statt. Eine weitere Präsenzsitzung wird nach dem Abschluss des Reformprozesses eingeplant.